



HESSISCHER LANDTAG

20. 05. 2025

Plenum

Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Hochschulstandort Hessen sichern: Hochschulpakt sofort verhandeln und auskömmliche Finanzierung gewährleisten

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die 14 staatlichen Hochschulen in Hessen mit ihren über 250.000 Studierenden und 50.000 Beschäftigten das Fundament der Wissenschafts- und Innovationskraft Hessens bilden.
2. Der Landtag kritisiert die wiederholte Verzögerung der Hochschulpaktverhandlungen durch die Landesregierung scharf. Die Verschiebung der Vorlage belastbarer Haushaltszahlen ist ein Offenbarungseid der schwarzroten Koalition und gefährdet die Planungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit des Hochschulstandorts Hessen nachhaltig.
3. Der Landtag verurteilt die einseitige Haushaltssanierung zu Lasten der Hochschulen. Die Hochschulen haben mit 475 Millionen Euro aus verschobenen Investitionen bereits einen überdimensionalen Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts geleistet.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf,
 - a) die Hochschulpaktverhandlungen unverzüglich aufzunehmen und zeitnah abzuschließen,
 - b) im Rahmen der Verhandlungen eine auskömmliche Finanzierung der Hochschulen sicherzustellen, die insbesondere die massiven Tarifsteigerungen und Inflationsraten ausgleicht, eine Dynamisierung von mindestens 4 Prozent pro Jahr garantiert und Planungssicherheit für die Jahre 2026 bis 2030 schafft,
 - c) die Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschaftsstandorts Hessen langfristig zu sichern.

Begründung:

Die Landesregierung hat die Verhandlungen zum neuen Hochschulpakt, der die finanzielle Grundlage für die Arbeit der Hochschulen ab 2026 bilden soll, wiederholt verschoben. Das hat unmittelbar Folgen für die Haushalte der Hochschulen. Diese müssen stark gestiegene Personal- und Sachkosten schultern, ohne dass sie dafür einen adäquaten finanziellen Ausgleich vom Land bekommen. Die Folge davon sind Sparmaßnahmen zu Lasten von Forschung und Lehre.

Während Finanz- und Wissenschaftsministerium nicht zu einer Einigung kommen, leiden die Hochschulen unter akuter finanzieller Ungewissheit. Das Vorgehen der Landesregierung offenbart ein gefährliches Muster: Die Hochschulen werden als Sparschwein missbraucht, um Löcher im Landeshaushalt zu stopfen. Das schadet der Innovationskraft des Wirtschaftsstandorts Hessen.

Der bisherige Hochschulpakt 2021-2025 stellte 11,2 Milliarden Euro bereit und dynamisierte die Mittel um vier Prozent jährlich. Dadurch konnte der Nachholbedarf gegenüber anderen Bundesländern (z. B. hinsichtlich der Betreuungsrelation) wenigstens teilweise verringert werden. Durch die Verzögerungstaktik der Landesregierung drohen diese Fortschritte nun verloren zu gehen.

Die Hochschulen haben mit der Entnahme von Rücklagen in Höhe von 475 Millionen Euro bereits erheblich zur Konsolidierung des Landeshaushalts beigetragen. Eine weitere Belastung würde die Substanz der Hochschulen angreifen und ihre Leistungsfähigkeit langfristig untergraben. Ohne angemessene Finanzierung droht das hessische Wissenschaftssystem im bundesweiten und internationalen Wettbewerb zurückzufallen — mit dramatischen Folgen für Forschung, Innovation, Lehrkräftebildung und Fachkräftesicherung.

Wiesbaden, 20. Mai 2025

Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Stefan Naas